

KORRUPTIONSVERDACHT



Beim 2009 fertiggestellten Anbau des Polizeipräsidiums am Walter-Pauli-Ring in Kalk soll Korruption im Spiel gewesen sein.

Sieger der Ausschreibung

Polizeibeamter soll dem zweitplatzierten Immobilienunternehmer beim Anbau des Präsidiums

VON PETER BERGER

Köln. Die Durchsuchung kommt überraschend. Aber offenbar nicht für alle. Als die Korruptionsfahnder der Staatsanwaltschaft Wuppertal und des Landeskriminalamts am Mittwoch, 9. Februar, im Rahmen ihrer Ermittlungen um den landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) das Polizeipräsidium in Köln-Kalk betreten, dürften sich einige der dort Beschäftigten die Frage gestellt haben: Warum kommen die erst jetzt? Denn interne Hinweise, dass beim 2009 fertiggestellten Anbau des Präsidiums am Walter-Pauli-

„In der Kommission kommt es zu heftigen Diskussionen

Ring Korruption im Spiel gewesen sein könnte, gibt es dort schon lange. Genauer gesagt seit dem 26. Mai 2008.

Seither besteht der Verdacht, dass der für das Bauprojekt zuständige Polizeibeamte dem Immobilienunternehmer Heinz-Hermann Götttsch den entscheidenden Tipp gegeben hat: Nach der Ausschreibung bist du nur Zweiter, du musst nachbessern.

Diese Vermutung legt ein interner Ermittlungsbericht nahe, der im Polizeipräsidium erstellt worden ist. Auf dem Dienstweg soll dieser Bericht mit dem brisanten Inhalt Ende Mai/Anfang 2008 den zuständigen Polizeidirektor erreicht haben. Auch die Behördenleitung, Polizeipräsident Klaus Steffenhagen, soll über den Inhalt

informiert sein. In allen Einzelheiten haben Ermittler aus eigener Initiative aufgelistet, dass bei der Vergabe des Erweiterungsbaus ein Bewerber bevorzugt wurde, der bei der Ausschreibung, dem sogenannten Interessenbekundungsverfahren (IKB-Verfahren), nur auf Platz zwei gelandet war – die GSE mbH und Co. KG des Kölner Immobilienunternehmers Heinz-Hermann Götttsch. Dessen Geschäftsräume waren im Zusammenhang mit der BLB-Affäre in der vergangenen Woche ebenfalls durchsucht worden. Der Ausschreibungssieger LIP Lammerding kam nicht zum Zuge und weiß vermutlich bis heute nicht, warum er damals durchgefallen ist.

Es geht vielmehr um die Frage, warum der GSE behördenintern mutmaßlich alle Steine aus dem Weg geräumt wurden. Nachdem sich Innenministerium, BLB und die Polizeibehörde am 16. Januar 2007 auf das vereinfachte Verfahren verständigt haben, nimmt die Projektgruppe Liegenschaftsplanung (PGL) im Polizeipräsidium die Arbeit auf. Sie legt die Kriterien fest, nach denen sich die Bewerber für den Erweiterungsbau zu richten haben. Das Gebäude soll im Umkreis von 500 Metern um das Präsidium liegen, Bewerber müssen also über ein entsprechendes Grundstück verfügen. Auch ein Zeitplan wird verabschiedet. 27. Januar 2007: Veröffentlichung der Ausschreibung. 31. Januar: Festlegung der Kriterien, die zum Ausschluss aus dem Verfahren führen. Außerdem erarbeitet die Gruppe ein Punktesystem zur Bewertung der Angebote. Abgabeschluss ist der 30. März. Die Offer-

Weitere Ermittlungen

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal ermittelt nicht nur zu den Begleitumständen beim Erweiterungsbau des Polizeipräsidiums Köln, sondern auch beim geplanten Fachhochschulcampus im Kölner Süden, beim Neubau des NRW-Landesarchivs in Duisburg und beim Ankauf des Landesbehördenhauses in Bonn.

Verdacht: Beschuldigt sind der ehemalige Geschäftsführer des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB), Ferdinand Tiggemann, und weitere an den Projekten beteiligte Personen. Es geht um den Verdacht der Untreue, der Bestechlichkeit und des Geheimnisverrats. Ob ein Interessenbekundungsverfahren (IKB) überhaupt ausreicht, um ein Projekt wie die Erweiterung des Präsidiums auf den Weg zu bringen, oder nur als Vorstufe einer EU-weiten Ausschreibung zu sehen ist, ist juristisch umstritten. Im Fall Kalk spielt das aber eine untergeordnete Rolle. (pb)

ten sollen am 2. April geöffnet, nach zwei Beratungstagen soll der Abschlussbericht am 5. April 2007 vorgelegt werden.

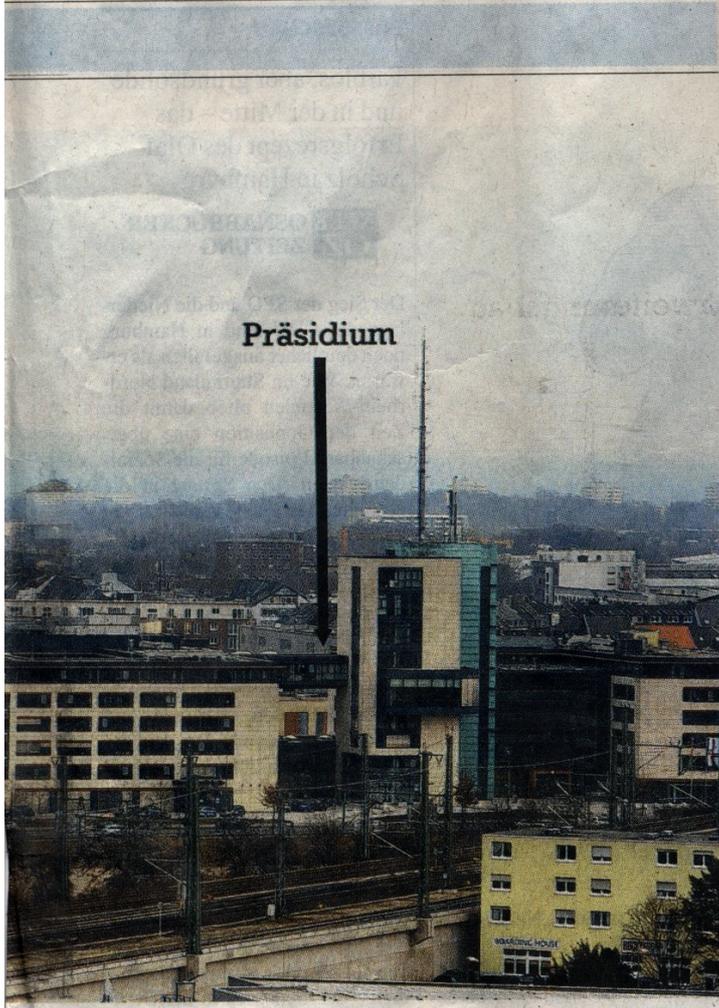
Insgesamt bekunden 20 Unternehmen ihr Interesse, bis zum 30. März gehen sieben Angebote ein. Nach zweifacher Sichtung bleiben vier ernsthafte Bewerber übrig. Die Projektgruppe nimmt am 3. April 2007 anhand des definier-

ten Punktesystems die Bewertung vor. Als Punktbester geht LIP Lammerding hervor, die Götttsch-Firma GSE wird lediglich Zweiter.

Die Sitzung der Kommission am Morgen des 4. April, zu der man sich verabredet hat, um den Abschlussbericht zu erstellen, beginnt mit einer Überraschung. Gleich zu Beginn berichten zwei Kommissionsmitglieder, dass der Leiter der Gruppe am Vorabend bei einem zufälligen Zusammentreffen mit Heinz-Hermann Götttsch ein Alternativangebot erhalten habe. Darin wird vorgeschlagen, den Erweiterungsbau an anderer Stelle zu errichten: auf dem Gelände des eingeschossigen Parkhauses. Das habe den Vorteil, dass es noch näher am Präsidium stehe und mit einer Brücke verbunden werden könne.

In der Kommission kommt es zu heftigen Diskussionen. Auch der Antikorruptionsbeauftragte wird eingeschaltet. Das Alternativ-Angebot entspreche schon deshalb nicht den Kriterien, weil es nach der Abgabefrist eingereicht worden sei, sagen die Kritiker. Außerdem befinde sich das Alternativ-Grundstück nicht im Besitz der GSE, sondern müsse erst vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) des Landes erworben werden. Die Kritiker finden kein Gehör. Der Leiter der Projektgruppe entscheidet am Ende, mit dem Anbieter GSE zu verhandeln, der schließlich auch den Zuschlag für den Erweiterungsbau erhält.

Die internen Ermittler machen sich sogar die Mühe, das neue GSE-Angebot mit dem ursprünglichen Sieger Lammerding vergleichbar zu machen. Das Ergeb-



Präsidium

BILD: WORRING

fiel durch

den entscheidenden Tipp gegeben haben



nicht zu internen Ermittlungen, er verschwindet offenbar in der Schublade. Warum, darüber kann nur spekuliert werden. Wollte die Behörde kurz vor der Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau im August 2008 im Beisein des damaligen Innenministers Ingo Wolf eine pikante Debatte um die Ausschreibung vermeiden? Das Polizeipräsidium und das LKA in Düsseldorf wollten sich auf Nachfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ nicht äußern. Es handele sich um ein laufendes Verfahren.

nis: Hätte Lammerting die Chance, das GSE-Angebot umzusetzen, wäre er immer noch billiger. Unter welchen Umständen das „Zufallstreffen“ zwischen Götttsch und dem Projektleiter zustande kam, ist unklar. Möglicherweise, so der Verdacht, habe es sich um ein lange verabredetes Treffen gehandelt.

Norbert Gatzweiler, Rechtsanwalt des Immobilienunternehmers Heinz-Hermann Götttsch, wies die Vorwürfe am Montag zurück. Es habe keine privaten Kontakte „außerhalb der fachlichen Diskussions Ebenen“ mit dem Projektleiter gegeben. Götttsch und die GSE seien zu keinem Zeitpunkt des Verfahrens darüber informiert worden, „dass sie mit ihrem Ursprungsangebot an zweiter Stelle standen“. Man habe im Laufe des IKB-Verfahrens das Alternativangebot vorgelegt. Ob das vor oder dem Ende der Abgabefrist geschehen sei, lasse sich nicht mehr exakt zurückverfolgen. Das Angebot sei „jedenfalls Gegenstand transparenter Erörterungen mit der zuständigen Bauherrenseite“ gewesen. Im gesamten Verfahren sei es nur darum gegangen, auf „sachgerechte und kostensparende Aspekte“ zu achten. Die Alternativlösung habe den Vorteil „der unmittelbaren Grundstücks- und Gebäudeverbindung“ geboten. Das sei im Hinblick auf Zugang und Bewachung kostensparend. Warum die Mitbewerber nicht die Möglichkeit erhielten, ebenfalls nachzubessern, sei Angelegenheit der BLB gewesen.

Doch was hätte der Polizeibeamte davon, wenn er Götttsch diesen Tipp gegeben hätte? Gegen den Projektleiter, einen Ersten Polizeihauptkommissar, ermittelt die Staatsanwaltschaft Wuppertal nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ wegen des Verdachts des Geheimisverrats. Er soll gegenüber Mitarbeitern des Direktionsbüros Zentrale Aufgaben, das unter anderem auch für Liegenschaften zuständig ist, sinngemäß geäußert haben, am Abend des 3. April einen für die Behörde wichtigen Termin wahrnehmen zu müssen.

Der brisante interne Ermittlungsbericht hat keinerlei Konsequenzen. Die Behördenleitung sieht keine Veranlassung, wegen des möglichen Anfangsverdachts der Korruption eine Untersuchung einzuleiten oder das Landeskriminalamt einzuschalten. Im Gegenteil: Der unter Verdacht stehende Kommissar soll sogar von seinen Vorgesetzten über alle Details des Ermittlungsberichts informiert worden sein. „Das ist ein völlig übliches Verfahren“, sagt ein Insider. „Der Verdächtige wird sofort über alle Einzelheiten der Recherche, die seine Person betreffen, informiert.“ Der Bericht führt

Dass die Staatsanwaltschaft Wuppertal und das LKA mit zweieinhalb Jahren Verzögerung jetzt doch ermitteln, ist offenbar nur einem einzigen Umstand zu verdanken. Ein Schreiben, das auf die Existenz des brisanten 18-Seiten-Dokuments hinweist, ist der Staatsanwaltschaft auf dem Postweg zugegangen. Ohne Absender.